

von Hirschhausen, Christian

Article

Lausitzer Dörfer für die Stromversorgung in Bayern?

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: von Hirschhausen, Christian (2014) : Lausitzer Dörfer für die Stromversorgung in Bayern?, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 9, pp. 172-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/93116>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Christian von Hirschhausen ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an der TU Berlin

Lausitzer Dörfer für die Stromversorgung in Bayern?

Im März und April 2014 fallen in der Lausitz zwei sehr wichtige Entscheidungen: Das sächsische Kabinett beschließt über die Fortsetzung des Verfahrens zum Aufschluss eines neuen Braunkohletagebaus in Nochten. Sollt die Entscheidung dafür fallen, verlieren 1 500 Anwohner ihre Heimat, und mehrere Dörfer in dem sorbischen Gebiet gehen für immer verloren, unter anderem Schleife-Süd, Rohne, Trebendorf, Mulkwitz und Mühlrose. Ende April tagt dann der Braunkohleausschuss in der brandenburgischen Lausitz zum Neuaufschluss des Tagebaus Welzow Süd II, auch hier geht es um den Heimatverlust für 1 255 Menschen, unter anderem in Proschim, Welzow-Süd und Lindendorf.

Ebenfalls im März 2014 finden in Bayern, einige hundert Kilometer südwestlich der Lausitz, Kommunalwahlen statt, bei denen Themen der Energiewende eine besondere Bedeutung bekommen haben. Quer durch die politischen Parteien und die Regierungsbezirke laufen kontroverse Debatten über Abstandsregelungen, Regionalpläne, die Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld sowie die Versorgungssicherheit.

Was die beiden Regionen verbindet, ist die jüngst hochgekochte Diskussion über Sinn und Unsinn einer Stromautobahn. Die sogenannte Süd-Ost-Leitung soll aus dem Zentrum der Braunkohleregion Mitteldeutschlands (Bad Lauchstädt bei Leipzig) an das Zentrum Süddeutschlands in Bayern (Meitingen bei Augsburg) angebunden werden. Laut Bundesbedarfsplan ist die 2 000-Megawatt-Höchstspannungsgleichstromübertragungsleitung (HGÜ) notwendig, um Strom aus erneuerbaren Energien aus Nord- und Ostdeutschland nach Süden zu transportieren und dort die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Allerdings ist die vorgeschlagene HGÜ-Trasse weder dafür ausgelegt, größere Mengen an Windstrom zu transportieren, noch ist sie für die Versorgungssicherheit Süddeutschlands notwendig. Ihr Ausgangspunkt liegt inmitten Deutschlands zweitgrößter Braunkohleregion mit circa 10 000 Megawatt Kraftwerkskapazitäten, dagegen ist die Einspeisung erneuerbarer Energien in diese Leitung gering. Und auch die Versorgungssicherheit kann gar nicht an der Verfügbarkeit der HGÜ-Leitung hängen, stünde diese doch frühestens Mitte der 2020er Jahre zur Verfügung und nutzte eine in Deutschland bisher nicht verwendete Technik, für die wiederum weitere Sicherheitskapazitäten benötigt würden.

Netzoptimierung, -verstärkung und -ausbau muss natürlich sein, wenn es sinnvoll ist - Energiewende hin oder her. Was aber nicht sein kann und nicht sein darf, ist der Bau von „Braunkohleautobahnen“, die knapp 3 000 Menschen heimatlos machen, ohne energiewirtschaftlich notwendig zu sein – für die Versorgung der regionalen Kraftwerke reichen die bereits genehmigten Mengen aus. Und ganz zu schweigen von den drastischen Auswirkungen auf die deutschen Klimaziele, die durch diese „Verdauerung“ der Braunkohle bis tief in die zweite Jahrhunderthälfte abgeschrieben werden könnten. Das Projekt, für dessen Notwendigkeit übrigens keine Quantifizierung vorliegt, darf also ruhig kritisiert werden, ja es muss sogar kritisiert werden, nimmt man die Ziele der Energiewende ernst. Die Abbaggerung ganzer Dörfer und Landstriche zur Stromversorgung einer Region, die vielfältige Alternativen hat, ist einer modernen Industriegesellschaft nicht würdig, und sie untergräbt die Ziele der Energiewende.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Prof. Dr. Dorothea Schäfer

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.